

SOLOTHURNER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Renteninitiative
unterschreiben!

Für eine nachhaltig finanzierte Altersvorsorge

Die ersten beiden nationalen Sammeltage des Jungfreisinns und der FDP.Die Liberalen für die Renteninitiative sind vorbei. Jetzt gilt es, am Ball zu bleiben. Alle Sektionen und Ortsparteien sind zur aktiven Teilnahme aufgefordert.

Seite 12

FDP Frauen lancieren Initiative

Im Februar 2021 lancieren die FDP Frauen eine Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung. Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher erklärt im Interview, weshalb es die Initiative braucht.

Seite 14

Karin Keller-Sutter im Interview

Die Justizministerin sagt, weshalb der Bundesrat die UVI ablehnt und was für den Gegenvorschlag spricht. Für sie ist klar: «Der Gegenvorschlag basiert auf dem bewährten Schweizer Haftungsrecht: Jedes Unternehmen haftet für die eigenen Schäden vor Ort. Dazu kommen noch mehr Transparenz und neue Sorgfaltsprüfungspflichten sowie eine Strafbestimmung.»

Seiten 16 und 17

Digitale DV in Luzern



Petra Gössi freut sich über das Ja zum CO₂-Gesetz.

Seiten 18 und 19



Stolz auf die Schweiz

Editorial von Stefan Nünlist

Mit Wut, Empörung und blindem Aktivismus kann man zwar kurzfristig punkten. Aber man macht keinen Staat. Gefragt sind Macherinnen und Macher, die mit Sachverstand und Pragmatismus anpacken und die Zukunft gestalten. Nur zäme gohts!

Wut und Empörung sind die neuen Treiber der Schweizer Politik. Wo immer wütende Klimabewegte das Gesetz brechen, SVPLer schimpfend die Contenance verlieren oder Genossinnen zeh-

mal hintereinander «fucking» in die Kamera keuchen, die Medien sind zur Stelle. Wer so richtig

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–5 Solothurner Freisinn
- 6/7 Umfrage mit vielen Feedbacks
- 8 Das neue CO₂-Gesetz auf einen Blick
- 9 Fünf Stimmen für eine liberale Umweltpolitik
- 10 FDP trägt Corona-Massnahmen mit
- 11 Maja Riniker zur GSoA-Initiative
- 12 Sammeltag für die Renteninitiative
- 13 Romi Stebler ist neu Regierungstatthalterin in Biel
- 14 FDP Frauen lancieren Initiative
- 15 KMU engagieren sich gegen die UVI
- 16/17 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 18/19 Digitale DV in Luzern
- 20 Vorschau auf die Wintersession
- 21 Petra Gössi zum Rahmenabkommen
- 22 Vaterschaftsurlaub als erster Schritt
- 23 Vermischtes



Liebe Freisinnige

Der soziale und politische Austausch ist seit einigen Monaten erschwert. Deshalb war es mir wichtig, Ihre Meinung über eine Umfrage zu erfahren. Rund 16 000 Mitglieder haben an dieser Befragung zur Enkel-Strategie teilgenommen. Sie, liebe Freisinnige, haben damit eindrücklich Ihre Bereitschaft bewiesen, Ihren Beitrag dazu zu leisten, dass auch unsere Kinder und unsere Enkelkinder noch in einem Erfolgsmodell Schweiz leben können. Herzlichen Dank!

Ihre Rückmeldungen fliessen nun in unsere umfassende Enkel-Strategie ein, die in den nächsten Monaten erarbeitet wird.

Sichere Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen

Ein zentraler Pfeiler unserer Enkel-Strategie ist die Verantwortung, den kommenden Generationen eine intakte Lebensgrundlage zu hinterlassen. Mit dieser Überzeugung haben unsere Delegierten bereits letztes Jahr sehr deutlich eine griffige und freisinnige Umweltpolitik gutgeheissen. Seither hat die FDP-Liberale Fraktion diese Beschlüsse im Parlament Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt – so auch bei der Totalrevision des CO₂-Gesetzes. Dank der FDP konnte im Parlament eine mehrheitsfähige Gesetzesvorlage ausgearbeitet werden. Die angekündigte Referendumsabstimmung gefährdet aber unser langfristiges Ziel aus dem Positionspapier von 2019: Netto-null-Emissionen bis 2050. Darum gilt es bereits jetzt, die richtige Entscheidung zugunsten unserer Enkel zu fällen.

Nein zu Hochrisikoexperimenten!

Auch bei anderen Brennpunkten braucht es die richtigen Weichenstellungen zugunsten der künftigen Generationen. Am 29. November 2020 stimmen wir über die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) und die GSoA-Initiative ab.

Die UVI verfolgt hehre Ziele, doch letztlich richtet sie mit ihren radikalen Forderungen mehr Schaden für den Wirtschaftsstandort Schweiz und alle unsere Schweizer Unternehmen an, als dass sie tatsächlich Verbesserungen bei der Einhaltung von Menschenrechten und dem Schutz der Umwelt bringt. Mit einem Nein helfen Sie zielführender, denn der Gegenvorschlag, der bei einem Nein automatisch in Kraft tritt, nimmt die Unternehmen mit geeigneteren Gesetzen in die Verantwortung, ist aber gleichzeitig international abgestimmt und für die Wirtschaft tragbar.

Auch die GSoA-Initiative verfehlt ihr Kernanliegen. Anstatt eine friedlichere Welt zu schaffen, gefährdet sie das Vorsorgevermögen aller Schweizer/-innen durch starre, nicht umsetzbare Regeln für die AHV und die Pensionskassen. Wenn auch unsere Kinder und unsere Enkelkinder noch von den gleichen Vorsorgeleistungen profitieren sollen wie die heutigen Generationen, ist diese hochgefährliche Initiative klar abzulehnen. Nun wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihre Petra Gössi
Parteipräsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

wütend ist, permanent und möglichst laut «Skandal!» schreit, dessen Anliegen landet dank medialer Aufmerksamkeit auf der politischen Agenda. Neuerdings werden sogar die ergrauten, dem hedonistischen Genuss zugeneigten Sozialdemokraten von zwei bekenntend wütenden Jungsozialisten geführt.

Wut – nein Danke!

Ich für meinen Teil kann mit den Dauerempörten und Wütigen in unserem Land nichts anfangen. Im Gegenteil: Als freisinniger Patriot bin ich stolz auf unsere Schweiz und unseren Kanton. Ich bin dankbar, in diesem wunderbaren Land leben zu dürfen. In 170 Jahren haben Generationen vor uns ein stabiles, verlässliches Staatswesen geschaffen. In einem ursprünglich armen Land wurde enorm viel Wohlstand geschaffen, in Bildung und Infrastrukturen investiert, die Gesellschaft schrittweise geöffnet, gerechter gemacht und den Menschen auch in schwierigsten Zeiten Sicherheit und Existenz geboten. Schweizerinnen und Schweizer haben drei Kriege in unmittelbarer Nachbarschaft ungeschoren überlebt, Seuchenzüge wie die Spanische Grippe gemeistert und uns immer wieder von ökonomischen Krisen erholt. Dies vor allem dank freisinnigen Tugenden wie Augenmass, Pragmatismus und der Bereitschaft, Probleme anzupacken, Freiheiten einzuräumen und ändern etwas zuzutrauen.

Mehr Freisinn

Auch heute stehen grosse Herausforderungen an: Es gilt, Corona und dessen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen zu meistern, unser Verhältnis mit Europa zu definieren, unsere Sozialwerke zu sichern und mit Entschlossenheit Klimawandel und Biodiversität anzupacken. Aktivismus, Seuchensozialismus, Umweltdiktatur und der Traum von gestern bringen uns ebenso wenig weiter wie wütende Schwadronneure und ausgrenzende Spaltpilze. Die Kraft liegt in Ruhe, Gelassenheit und Entschlossenheit. Wir brauchen Menschen mit dem Blick nach vorne, Augenmass, Pragmatismus und der Bereitschaft, Probleme anzupacken, Freiheiten einzuräumen und auch ändern etwas zuzutrauen. Wir brauchen mehr Freisinn, mehr vertrauenswürdige, erprobte Macher wie Remo Ankli und Peter Hodel im Regierungsrat und mehr freisinnige, fähige Köpfe im Kantonsrat und den Gemeinden. Wir machen den Unterschied. «Nur zäme gohts!»

Mit frohsinnigem, herzlichem Gruss

**Stefan Nünlist, Kantonsrat,
Parteipräsident FDP.Die Liberalen
Kanton Solothurn**

FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn

Delegiertenversammlung

An der DV der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn wurden mit den Parolen für die kommenden Abstimmungen wichtige politische Weichenstellungen vorgenommen. Ins Rennen um die Regierungsratssitze schicken die Delegierten Peter Hodel und Remo Ankli. Die FDP.Die Liberalen ist überzeugt, mit diesen beiden hoch kompetenten Kandidaten die Solothurner Regierung zu stärken.

Im geschichtsträchtigen Konzertsaal in Solothurn durfte Kantonalpräsident Stefan Nünlist an die hundert Delegierten und zahlreiche Gäste begrüßen. Markus Schüpbach, der FDP-Kandidat für das Solothurner Stadtpräsidium, nutzte im Auftrag der Solothurner Stadtpartei die Gelegenheit, seine zukunftsgerichteten Pläne für Solothurn aufzuzeigen.

Nein zur Konzernverantwortungsinitiative

Felix Wettstein (NR, GPS) sprach sich für die Konzernverantwortungsinitiative aus. Er zählte die fünf Konzerne auf, welche gegen die Menschenrechtskonvention verstossen. Er betonte, dass die Konzerne in Zukunft geradestehen müssen für diese Verstösse.

Pirmin Bischof (SR, CVP) sprach sich gegen die Konzernverantwortungsinitiative aus und für den Gegenvorschlag. Für ihn ist klar, dass die Schäden, welche durch Unternehmen verursacht werden, auch von diesen gedeckt werden müssen. Die Haftungsvoraussetzungen sind schon heute gegeben mit dem geltenden Schweizer Recht. Die Haftung, welche mit der Konzernverantwortungsinitiative eingeführt werden soll, ist auf dem Buckel der in-

ländischen Firmen. Nicht nur der grossen Konzerne, sondern auch all der kleinen Unternehmen. Dies entspricht einer einseitigen Diskriminierungsregel.

Er plädierte für den vernünftigen Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament, welcher international abgestimmt ist.

Die Delegierten folgten dem Solothurner CVP-Ständerat und lehnten die Initiative wuchtig ab.

Klare Ablehnung der Kriegsmaterial-Initiative

Kurt Fluri (NR, FDP) erläuterte die Initiative der jungen Grünen und der GSoA zum Verbot der Finanzierung der Kriegsmaterial-Produzenten. Er betonte, dass die Differenzierung von militärischer und nichtmilitärischer Verwendung von Gütern sehr schwierig ist. Die FDP Fraktion im Nationalrat hatte die Initiative bereits abgelehnt.

Die Delegierten lehnten mit einer Enthaltung die Kriegsmaterial-Initiative ab.

Kantonales Polizeigesetz

Sehr engagiert und emotional verlief die Debatte

Fortsetzung auf Seite 4



Delegiertenversammlung im Konzertsaal in Solothurn.

Fortsetzung von Seite 3

zum revidierten kantonalen Polizeigesetz. SP-Regierungsrätin Susanne Schaffner versuchte die Notwendigkeit der Gesetzesrevision aufzuzeigen, während Kantonsrat Markus Spielmann mit Herzblut auf die Unzulänglichkeiten des Gesetzesentwurfes hinwies und die Delegierten für ein «Zurück an den Absender» zu überzeugen versuchte. Mit 41 Ja und 47 Nein bei 3 Enthaltungen zur Revision obsiegte Markus Spielmann knapp, was aufgrund der geringen Differenz – notwendig für eine Parole sind mindestens 20 Prozent Unterschied zwischen Ja- und Nein-Stimmen – zu einer Stimmfreigabe durch die kantonale FDP führt.

Wahlen 2021

Der Parteipräsident Stefan Nünlist betonte die Wichtigkeit des Wahlkampfes 2021. Als Vertreter des Ausschusses Personelles sprachen Felix Hug und alt Regierungsrätin Esther Gassler. Sie erläuterten nochmals den Auswahlprozess und betonten, wie hochkarätig das Kandidatenfeld gewesen war. Der Parteivorstand hatte an seiner Sitzung vom



Regierungsrätin Susanne Schaffner auf dem heissen Stuhl.



Peter Hodel als Regierungsratskandidat



Regierungsrat Remo Ankli

1. Oktober 2020 in Kriegstetten neben Remo Ankli den Fraktionspräsidenten Peter Hodel für den Regierungsrat empfohlen.

Die zwei Kandidaten stellten sich vor. Remo Ankli betonte seine Lust an der freisinnigen politischen Arbeit. Peter Hodel möchte für die FDP und die Solothurner Bevölkerung im Regierungsrat entstehen.

Die Beiden wurden einstimmig und mit grossem Applaus gewählt.

Franziska Hochstrasser stellte die Kampagne für die Wahlen 2021 vor. Mit einem Puzzleteil und dem Slogan «Zäme geit's» in dialektangepassten Versionen wird die Einzigartigkeit der Kandidatinnen und Kandidaten hervorgehoben. Mit starken Bildern werden sie in den Fokus der Kampagne gestellt.

Regierungsrätin auf dem heissen Stuhl

Im letzten Teil der Delegiertenversammlung setzte

sich SP-Regierungsrätin Susanne Schaffner auf den heissen Stuhl und stellte sich den Fragen der Delegierten. Entlang des sehr breiten, auch menschlich anspruchsvollen Verantwortungsbereichs von Susanne Schaffner von Sicherheit über Gesundheit, Soziales bis hin zum Strafvollzug wurden entsprechend viele Anliegen und Fragen aufgeworfen, welche die Oltner Regierungsrätin mit viel Charme und Sachverstand überzeugend beantwortete.

Zum Schluss der in jeder Beziehung spannenden Delegiertenversammlung mahnte Parteipräsident und Kantonsrat Stefan Nünlist die Delegierten, die Corona-Regeln einzuhalten, Verantwortung für sich, seine Nächsten, Staat und Gesellschaft zu übernehmen, aber auch mit Zuversicht und Freude unter dem Motto «Zäme goht's» die Zukunft zu gestalten.

Franziska Hochstrasser Parteisekretärin

Leserbrief

Solothurner Freisinn Nr. 2/2020

Seit Jahren sind die Kolumnen von Urs Marti nach dem gleichen Schema geschrieben. Zuerst wird ein Sachverhalt dargestellt, dann gibt es Haue. Das Lieblingsfeindbild ist die SVP, dann bekommen die Linken ihr Fett weg, und seit die Grünen erstarkt sind, werden auch sie an den Pranger gestellt. Sogar jetzt, mitten in der Pandemiezeit, bleibt Marti bei seinem alten Muster.

Wäre es nicht zielführender, statt ständig auf anderen rumzuhacken, aufzuzeigen, mit welchen

positiven Rezepten die FDP die kritisierten Probleme lösen könnte? Abgeleitet aus der Strategie, den freisinnigen Werten, den Parteizielen usw. Im Leitartikel macht es Stefan Nünlist sehr schön vor: Nach der Darstellung der Corona-Krise nimmt er Bezug auf unsere Werte und zeigt konstruktiv auf, wie der Freisinn vorgehen würde.

Jetzt kann man mir entgegen: «Gemach, gemacht, Marti schreibt Kolumnen und da ist man frei». Natürlich darf ein Kolumnist angriffig schrei-

ben. Aber jahrein, jahraus die gleiche Masche wirkt irgendwann ermüdend. Es sind genau diese altbackenen Schemas, die heute vielen nicht mehr passen. Eine Kolumne könnte ja auch witzig sein oder verbindend oder von einem Querdenker mit Anregungen bestückt. Warum nicht zwei oder drei Kolumnisten, die sich abwechseln? Vielleicht käme dann auch mal eine Frau zu Wort oder jemand Jüngerer.

Lorenz Jaggi, Deitingen, 27. April 2020

Links und liberal – geht das?

Kolumne

«Die Schweiz ist linksliberaler geworden.» Das erklärt der sich «Politgeograf» nennende Michael Hermann nach der letzten Volksabstimmung. Und der Chefredaktor der CH Medien doppelt andern tags gleich nach, indem angeblich «linksliberale Anliegen» den Zeitgeist treffen würden. Links und liberal – geht das? Den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen links und liberal hat bereits 1848 der französische Liberale Alexis de Tocqueville festgestellt. «Die Demokratie dehnt die Sphäre der individuellen Freiheit aus, der Sozialismus dagegen schränkt sie ein», sagte er vor der verfassunggebenden Versammlung Frankreichs. Er wurde noch deutlicher: «Während die Demokratie die Gleichheit in der Freiheit sucht, sucht der Sozialismus sie im Zwang und in der Knechtung.»

Wenn man die Patina, welche Tocquevilles Worte im Laufe der Zeit angesetzt haben, etwas wegputzt, sind wir im Justemilieu zeitgenössischer Politik. Aus den Sozialisten sind Sozialdemokraten geworden, und die Linken verehren nicht mehr Mao und Ho Chi Min, zwei grausame Despoten, die lange vor allem von den jungen Linken als grosse Vorbilder verherrlicht wurden. Linke Politik wird heute durch die Gutmensch-Politik kaschiert. Linke setzen sich sogar für die Wirtschaft, für die Kleinunternehmen ein, wenn es darum geht, ihnen auf Kosten des Vermieters und in Missachtung der Eigentumsfreiheit wegen Corona Geschäftsmieten zu erlassen. Damit wollen sie jedoch in erster Linie die grossen, kapitalkräftigen Immobilienunternehmen treffen. Ins gleiche Horn bläst die Konzernverantwortungsinitiative, die generell den Unternehmen unterstellt, sie würden in den Entwicklungsländern bloss ungerecht handeln und schmutziges Geld scheffeln. Mehr Staat und nicht mehr Freiheit soll nach den Vorstellungen des neuen SP-Führungsduo Wermuth/Meyer die Gesellschaft vorwärtsbringen. Wermuth verlangt sogar eine Teilverstaatlichung der Pharmaindustrie.

Im Kanton Solothurn ist dank linker Mehrheit ein Polizeigesetz zustande gekommen, nach welchem die Polizei ohne Tatverdacht im privaten Bereich ermitteln könnte. Ein neues Sozialgesetz will Rahmenbedingungen fördern, um in Schulden Ge-ratenen Schutz zu bieten. Doch schon bald dürften



solche «Rahmenbedingungen» durch eine Pflichtnorm ersetzt werden. Der Staat soll den Bürgern nicht nur auf den Teller, sondern auch ins Portemonnaie schauen. In ihren Legislaturzielen erklärt die Solothurner Regierung die «Stärkung und Befähigung von Eltern» als Handlungsziel, was doch nichts anders heissen kann, als dass er noch mehr in die Familien hineinreden will.

Früher hiess es: «Stadtluft macht frei.» Heute betreiben die Linken dort, wo sie regieren, eine eigentliche Verbotskultur (siehe Zürich und Bern). Im Konzert rot-grüner Verordnungs- und Verbots-politik singen auch die Grünliberalen kräftig mit. Ihre Ja-Parole zur Konzernverantwortungsinitiative betrachten sie als Ausdruck einer «modernen, liberalen» Wirtschaftspolitik. Im Nationalrat betonen sie bei jedem Votum ihre «liberale» Sicht, sorgen aber gleichzeitig dafür, dass sich links-grüne Mehrheiten durchsetzen. Dass das Ergebnis der letzten Volksabstimmung mit den Parolen der Grünliberalen übereinstimmte, heisst noch lange nicht, dass die Schweiz damit linksliberaler geworden ist. Auch Freisinnige, die nicht durchwegs nach den Parolen der FDP stimmten, haben zu diesem Resultat beigetragen. Es gilt vielmehr zu beachten, dass sich liberale Politik, will sagen Politik für die Freiheit, bei den Grünliberalen mit dem Tropfen-zähler messen lässt und deutlich zeigt: Links und liberal geht nicht zusammen.

Urs Marti, Langendorf

Wechsel in den Ortsparteien

Grenchen

Daniel Wyss (neu) für Jürg Lerch

Hägendorf

Michel Frei (neu) für Uli Ungethuen und Patrick Rossi

Wir danken den zurückgetretenen Präsidenten herzlich für ihren Einsatz und wünschen den neuen viel Erfolg in ihrem Amt.

Wechsel im Kantonsrat

Amtei Solothurn-Lebern

Christoph Scholl (neu) für Michel Aebi

AGENDA

Die momentanen Massnahmen betreffend dem Coronavirus erlauben keine sichere Planung. Den aktuellen Stand unserer Anlässe finden Sie jeweils auf der Website fdp-so.ch

Donnerstag, 26. November

ABGESAGT: SUPPORTER CLUB: Jahresanlass (Roter Turm, Solothurn)

Sonntag, 29. November

Eidgenössische und kantonale Abstimmung

Donnerstag, 17. Dezember

Schluss-sitzung Parteivorstand – über Durchführungsart wird noch entschieden

Mittwoch, 3. Februar 2021

19 Uhr: Kantonale Delegiertenversammlung (Schützi, Olten)

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/



Enkel-Strategie auf Erfolgskurs

Umfrageresultate machen Mitgliederanliegen sichtbar

Wir sagen 15 753 Mal Danke! Der grosse Rücklauf zur Enkel-Strategie-Umfrage macht deutlich, dass die FDP-Mitglieder gewillt sind, an der Zukunft unseres Landes mitzuarbeiten. Die Rückmeldungen zeigen, dass der Kurs der FDP breite Unterstützung erfährt. Die Herausforderungen von morgen können angepackt werden.

Rund 16000 FDP-Mitglieder aus der ganzen Schweiz haben sich in den letzten Wochen an der grossen Umfrage zur Enkel-Strategie beteiligt. Damit wird sogar die Rücklaufquote der letztjährigen Umfrage zur künftigen Umwelt- und Klimapolitik der FDP noch übertroffen. Das ist umso erfreulicher, weil der soziale und politische Austausch in den letzten Monaten aufgrund der Covid-Pandemie erschwert wurde. Auch deshalb war es der FDP ein Anliegen, ihre Basis wieder aktiv einzubeziehen. Die starke Beteiligung an der Umfrage bestätigt deutlich das Bedürfnis unserer Mitglieder, sich politisch einzubringen. Die grosse Beteiligung freut auch Parteipräsidentin Petra Gössi: «Mit unserer Enkel-Strategie sorgen wir dafür, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder noch in einem Erfolgsmodell Schweiz leben können. Ich bin stolz darauf, dass die FDP-Mitglieder bereit sind, mit Pioniergeist die Zukunft der Schweiz mitzugestalten.»

Mit der Enkel-Strategie will die FDP die Weichen für eine liberale und zukunftstaugliche Politik in drei zentralen Bereichen stellen:

- Für einen attraktiven Wirtschaftsstandort, der allen auch in Zukunft eine Arbeitsstelle bietet und somit ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.
- Für gesicherte Sozialwerke, damit auch kommende Generationen von Vorsorge- und Gesundheitsdienstleistungen profitieren können.
- Für intakte Lebensgrundlagen, sowohl was die Umwelt als auch die Infrastrukturen und die Energieversorgung betrifft.

Die Umfrage gab den FDP-Mitgliedern auch die Gelegenheit, sich zu den Werten der FDP zu äussern. Diese Möglichkeit wurde rege genutzt und zeigte, dass 87 Prozent der Mitglieder mit dem Kurs der FDP zufrieden sind – ein deutliches Bekenntnis zur FDP-Politik. Auch die heutige Finanzpolitik inkl. Schuldenbremse ist mit einer Zustim-

mung von 80 Prozent bei der Basis breit abgestützt. Als Hauptaufgabe des Staates definiert die Mehrheit der Umfrageteilnehmer das Thema Sicherheit. Aber auch die Handelsbeziehungen der Schweiz geniessen viel Unterstützung: Knapp 67 Prozent sind der Ansicht, dass die Schweiz keine Handelsbeziehungen gefährden, aber humanitäre Aspekte einbringen soll.

Mehr Einsatz für Lebensgrundlagen

Die letzte grosse Mitgliederumfrage bildete die Basis für die aktuelle Umwelt- und Klimapolitik der FDP. Auch in der Umfrage zur Enkel-Strategie konnten sich die Teilnehmer im Bereich Lebensgrundlagen zum Engagement der FDP äussern. Zwei Drittel der Befragten gaben dabei an, dass sich die FDP stärker für die Lebensgrundlagen in der Schweiz engagieren soll, während 29 Prozent der Ansicht sind, dass das heutige Engagement ausreicht. Die Mitglieder wünschen sich zudem eine starke Wirtschaft, die aber auch Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt. Zu starkes Bevölkerungswachstum wird aber kritisch betrachtet. 58 Prozent macht die Vorstellung einer Schweiz mit 10 Millionen Einwohnern Sorgen.

Fortsetzung auf Seite 7

Das Thema Vorsorge geniesst Priorität

Zu enkeltauglichen Lösungen gehört aber weit mehr als nur der Schutz der Umwelt. Deshalb deckt die Umfrage auch die Bereiche Altersvorsorge und Gesundheit ab. Schliesslich gilt das Nachhaltigkeitsprinzip ebenso für Sozialwerke, wenn kommende Generationen von deren Leistungen profitieren sollen. Die FDP setzt sich kontinuierlich mit Vorstössen für diese Anliegen ein, dazu kommt die Renteninitiative der Jungfreisinnigen, die sich momentan im Sammelstadium befindet. Dieser Einsatz wird von den FDP-Mitgliedern unterstützt und soll sogar noch ausgebaut werden. 61 Prozent der Befragten wollen, dass sich die FDP in Zukunft noch stärker für die Vorsorge in der Schweiz engagiert. 37 Prozent der Teilnehmer sind mit dem bisherigen Einsatz zufrieden. Dass das Thema Aufmerksamkeit verdient, ist offensichtlich. So schätzen nur gerade 13 Prozent der Teilnehmer die Wahrscheinlichkeit als hoch ein, dass im Jahr 2050 das Altersvorsorgesystem mit drei Säulen ein finanziell sorgenfreies Leben nach der Pensionierung ermöglicht. Damit das bewährte System weiterhin funktioniert, sind Massnahmen dringend nötig. Am meisten Zuspruch erhält dabei die Erhöhung des Rentenalters. Zudem wünschen viele Umfrageteilnehmer eine Stärkung der individuellen Vorsorge (3. Säule) sowie eine bessere Altersabsicherung von Teilzeitarbeit oder neuer Arbeitsformen.

Wunsch nach mehr Flexibilität im Beruf

Damit die Altersvorsorge ihre Leistungen erbringen kann, ist eine gesunde Wirtschaft mit genügend Arbeitsplätzen unabdingbar. Zwei Drittel der Befragten wollen, dass sich die FDP mehr für die Arbeitsplätze in der Schweiz engagiert, während ein Drittel der Ansicht ist, dass das heutige Engagement ausreicht. Die Befragten wünschen sich insbesondere, dass die Flexibilität der Arbeit mehr Gewicht erhält, damit sich Freizeit/Familie und Beruf gut vereinbaren lassen. Damit die Unternehmen in der Schweiz Arbeitsplätze schaffen können, brauchen sie gute Rahmenbedingungen. Gemäss 85 Prozent der Befragten soll dies durch Bürokratieabbau, bessere Investitionsbedingungen und eine massvolle Steuerbelastung geschehen. Dies soll ermöglichen, dass Arbeitsplätze weiterhin in der Schweiz bleiben. Die grösste Gefahr für künftige Generationen sei nämlich die Verlagerung von Jobs ins Ausland.

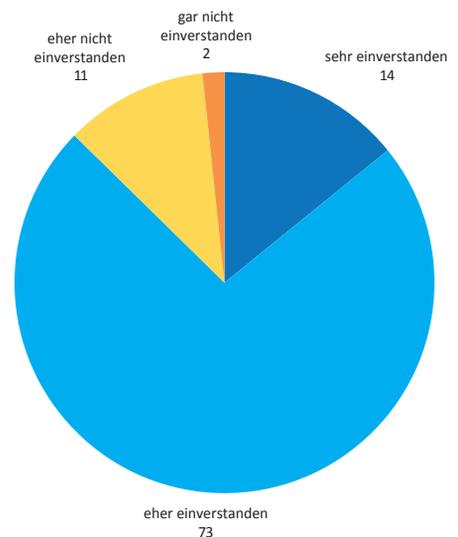
Dank der Umfrage zur Enkel-Strategie verfügt die FDP nun über einen breiten Strauss von wertvollen Rückmeldungen aus der Basis. Diese fliessen nun ein in die Erarbeitung der umfassenden Enkel-Strategie, die im Laufe des kommenden Jahres präsentiert wird.

Marco Wölfli

Einverständnis Kurs FDP

«Ganz generell: Sind Sie mit dem heutigen Kurs der FDP einverstanden?»

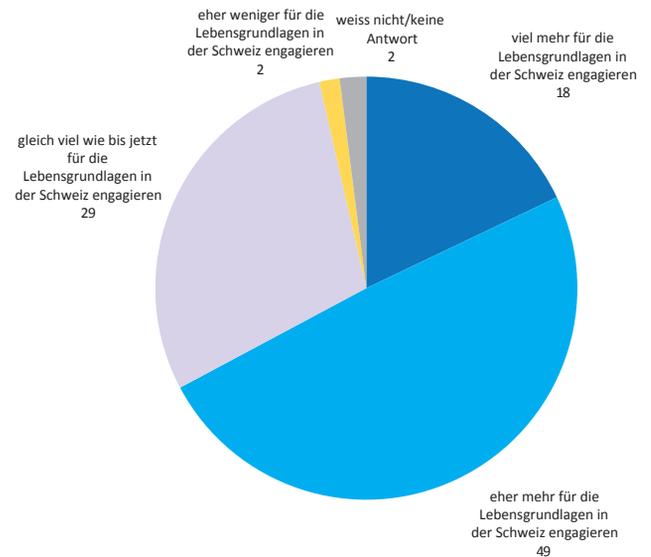
in % FDP-Mitglieder



Engagement FDP auf Lebensgrundlagen

«Im Kapitel «Lebensgrundlagen» beantworten Sie Fragen zu Mobilität, Infrastruktur, Umwelt und Konsum. Ganz generell, soll sich die FDP in Zukunft ...»

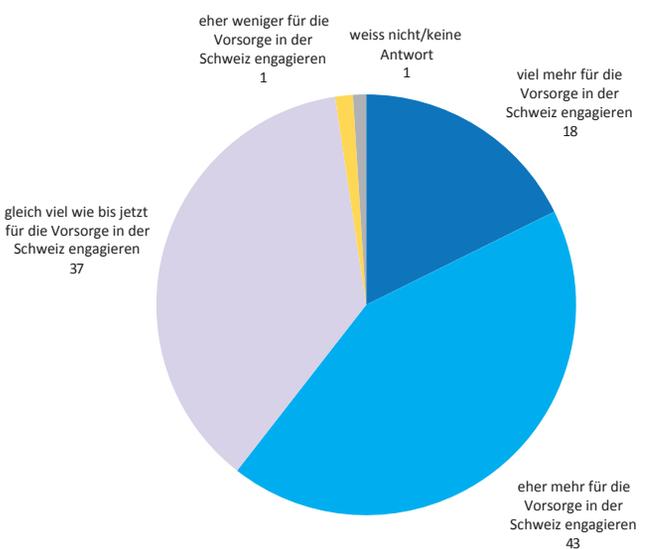
in % FDP-Mitglieder



Engagement FDP auf Altersvorsorge und Gesundheitspolitik

«Im Kapitel «Vorsorge und Gesundheit» beantworten Sie Fragen zur Altersvorsorge und zur Gesundheit. Ganz generell, soll sich die FDP in Zukunft ...»

in % FDP-Mitglieder





Für einen griffigen Klimaschutz

CO₂-Gesetz ist ausgewogen und zielgerichtet

Die FDP hat die Totalrevision des CO₂-Gesetzes, das in der Herbstsession 2020 im Parlament deutlich angenommen wurde, entscheidend geprägt und damit massgeblich zu einer mehrheitsfähigen und griffigen Vorlage beigetragen. Das Massnahmenpaket ist ausgewogen und ermöglicht die Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 durch Massnahmen im In- und Ausland. Es bringt zudem Planungs- und Investitionssicherheit für Unternehmen und eröffnet dem Gewerbe neue Chancen.

National- und Ständerat haben in der Herbstsession dank der Unterstützung der FDP dem revidierten CO₂-Gesetz deutlich zugestimmt. Nachdem eine erste Version des Gesetzes vor zwei Jahren im Parlament noch nicht mehrheitsfähig war, brachte die FDP im Verlauf der weiteren Debatte zahlreiche Beschlüsse und Forderungen aus ihrem Positionspapier ein und konnte die vorliegende Fassung dadurch entscheidend mitprägen. Das neue CO₂-Gesetz schafft die Grundlagen für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, das die Schweiz ratifiziert hat. Er ist für mich bildlich gesprochen ein

Schweizer Innovationshaus. Ein Topfundament und das Dach sind vom Bundesrat mit Netto-Null definiert. Ein Ausbau von Stockwerken muss noch folgen. Fakt ist, es handelt sich um den ersten von mindestens drei Schritten, wollen wir das Ziel – bis 2050 bei den Treibhausgasemissionen eine «Netto-Null-Bilanz» aufzuweisen – schaffen.

Zugleich ist die Vorlage ein mehrheitsfähiger Kompromiss. Wenn jetzt verschiedene Gruppierungen dagegen das Referendum ergreifen, darunter nebst den Erdölhändlern oder der SVP auch Westschweizer Klimajugend-Sektionen, ist das

kurzsichtig und torpediert eine griffige Klimapolitik. Denn nichts tun, ist keine Option!

Das CO₂-Gesetz braucht sich vor einer Volksabstimmung aber nicht zu verstecken. Die Massnahmen sind ausgewogen und zielführend und ermöglichen so die wichtige Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber dem Referenzjahr 1990. Das Gesetz bündelt verschiedene Massnahmen in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Industrie, damit alle ihren Beitrag zur Zielerreichung leisten.

Effizienzgewinne und Chancen für die Wirtschaft

Dem Verkehrssektor kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Die CO₂-Zielwerte für den Durchschnitt neuer Fahrzeuge werden weitergeführt, analog zu den Vorgaben in der EU, die neu auch für schwere Lastwagen gelten. Damit werden wir künftig sparsamere Fahrzeuge haben, was die massvolle Erhöhung der Benzin- und Dieselpreise zur Kompensation des CO₂-Austosses überwiegen wird. Auf Flugtickets wird künftig eine Lenkungsabgabe erhoben. Dabei profitieren jene, die wenig oder gar nicht fliegen. Die Abgabe beträgt zwischen 30 und 120 Franken, je nach Klasse und Reisedistanz, wobei die Hälfte der Einnahmen an die Bevölkerung zurückerstattet wird. Die andere Hälfte fliesst in den neuen Klimafonds, der u.a. auch durch ein Drittel der CO₂-Abgabe gespeist wird. Aus diesem neuen Fonds – übrigens eine der zentralen Forderungen aus dem Positionspapier – sollen u.a. innovative Projekte finanziert werden wie z.B. synthetisches Kerosin, damit Forschung in der Schweiz vorangetrieben werden kann. Ebenso wichtig sind die Massnahmen im Bereich Gebäude z.B. über die Fortführung und Optimierung des Gebäudeprogrammes oder die neuen CO₂-Grenzwerte beim Heizungsersatz in Bestandesbauten. Das macht unseren Gebäudepark fit für die Zukunft, und das lokale Gewerbe profitiert von neuen Aufträgen.

Wir halten, was andere nur versprechen

Die FDP hat 2019 eine griffige, freisinnige Umwelt- und Klimapolitik beschlossen. Das CO₂-Gesetz ist ein wichtiger Schritt, um die Versprechen aus dem Wahljahr einzulösen. Neben dem Engagement für das CO₂-Gesetz haben FDP-Parlamentarier rund 40 Vorstösse aus dem Umwelt- und Klimabereich eingereicht, beispielsweise für mehr Kreislaufwirtschaft, grüne Finanzprodukte oder mehr Transparenz für Konsumenten. Ein Grossteil dieser Vorstösse hat bereits Mehrheiten im Parlament gefunden. Dies ist parlamentarische Knochenarbeit mit liberalem Kompass!

Damian Müller
Ständerat LU, Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie

Rückhalt für das liberale CO₂-Gesetz

Fünf Stimmen für eine vernünftige Vorlage



Nüchternes Ja zum CO₂-Gesetz

Die Öffnung des Zielvereinbarungssystems für alle Firmen ist für Swissmem die Basis für eine Zustimmung zum CO₂-Gesetz. Dadurch ausgelöste Investitionen am CH-Produktionsstandort reduzieren auch künftig Emissionen. Schade ist der Verzicht auf eine rückerstattete Lenkungsabgabe beim Verkehr, und beim «Klimafonds» wird es zum Kampf um Subventionen statt zu technologieutraler Innovation kommen. Unabhängig davon liefert die Industrie effiziente, wirksame Lösungen zur CO₂-Reduktion. Diese haben das Potenzial, die Politik zu überholen. Fazit: ein nüchternes Ja zum Gesetz zugunsten des Arbeitsplatzes Schweiz.

Stefan Brupbacher
Direktor Swissmem

Kein Wunschkonzert

Das berühmte Haar in der Suppe findet man auch in diesem Gesetz. Jedoch ist ein Gesetz nicht ein Wunschkonzert, sondern das Ergebnis zwischen definierter Zielerreichung, machbaren Vorgaben und konstruktiven Mehrheiten. Für mich ist klar, wer zum Pariser Klimaabkommen Ja sagte, steht in der Pflicht, zur Umsetzung auch für ein gangbares CO₂-Gesetz einzustehen!

Peter Schilliger
Nationalrat und Unternehmer Gebäudetechnik,
Udligenswil LU



Übernehmen wir Verantwortung

Die freisinnigen Werte Verantwortung, Freiheit und Pragmatismus spielen im neuen CO₂-Gesetz eine wichtige Rolle. Es ist unsere Pflicht, die natürlichen Ressourcen für künftige Generationen zu schützen. Der Status quo ist keine Option. Eigenverantwortung, die Anwendung des Kausalitätsprinzips und die Stärkung von Forschung und Innovation ermöglichen es uns, diese Herausforderungen zu meistern. Die Anwendung dieses Gesetzes verursacht zwar Kosten, aber sollte nicht jeder Unternehmer zuerst investieren, um später zu profitieren?

Jacques Bourgeois
Nationalrat und Mitglied der Umweltkommission



Handeln, bevor es zu spät ist

Als Präsidentin einer Berggemeinde habe ich jahrelang hautnah miterlebt, welche negativen Auswirkungen der Klimawandel auf die Natur und auf uns Menschen hat: Hochwasser, Murgänge, Fels- und Bergstürze nehmen zu, die Gletscher schmelzen, gesperrte Strassenverbindungen und der Schneemangel verursachen wirtschaftliche Schäden. Wir müssen handeln, bevor es zu spät ist. Das CO₂-Gesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung.

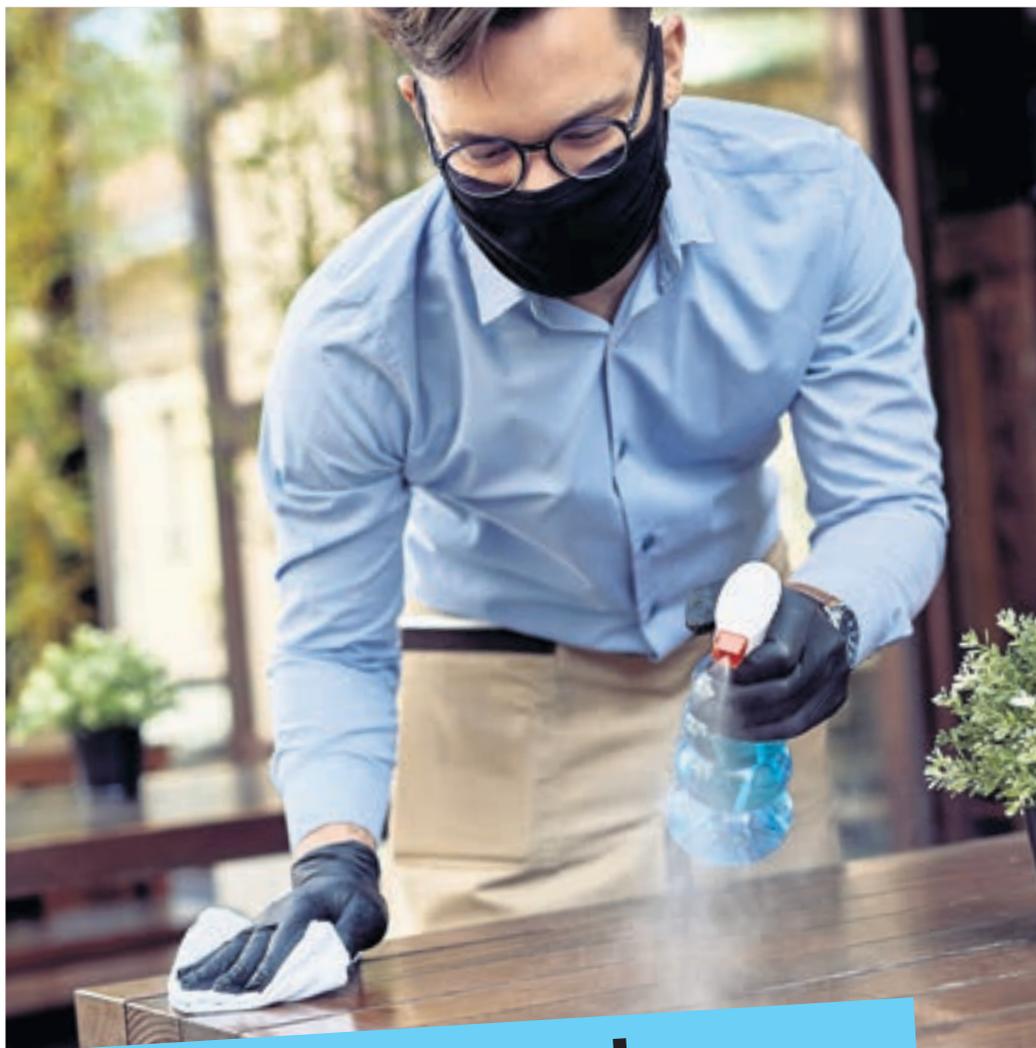
Anna Giacometti
Nationalrätin, Stampa GR

CO₂-Gesetz ist eine Chance

Als ehemalige Waadtländer Staatsrätin für Umwelt und Energie sehe ich das CO₂-Gesetz als Chance, die Energiewende, die Wirtschaft sowie Innovation und nachhaltige Entwicklung in Einklang zu bringen. Wenn wir nicht wollen, dass uns Rot-Grün noch drastischere Verbote, Verpflichtungen und Massnahmen verordnet, müssen wir handeln, anstatt uns zu beklagen.

Jacqueline de Quattro
Nationalrätin VD





Nötige, aber schmerz- hafte Massnahmen

Corona-Krise belastet KMU weiterhin

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie fordern die Schweizer Politik. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Massnahmen des Bundesrats auch die Bedürfnisse von Wirtschaft und Gesellschaft berücksichtigen. Ein zentraler Pfeiler ist die Unterstützung von KMU.

Die zweite Welle der Corona-Pandemie hat die Schweiz im Herbst stark getroffen. Die Massnahmen, die der Bundesrat Ende Oktober verhängt hat, sind aus Sicht der FDP nachvollziehbar, bergen aber auch Risiken für die Unternehmen. Das bisherige Management von Bundesrat Berset zusammen mit den Kantonen funktioniert noch nicht richtig. Ansonsten fänden wir uns nicht in dieser Situation wieder, in der es erneut darum geht, das

Gesundheitswesen vor dem Kollaps zu bewahren. Ein zweiter Lockdown ist dabei unbedingt zu verhindern, denn die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze wären verheerend. Darum unterstützt die FDP die vom Bundesrat beschlossenen Massnahmen weitgehend, auch wenn sie sich für Liberale hart an der Schmerzgrenze bewegen, die Maskenpflicht im Freien wohl sogar jenseits davon. Die angekündigte Zulassung von Schnelltests begrü-

sen wir hingegen ausdrücklich. Der Bundesrat muss aber endlich die heutige 10-Tages-Quarantäne dank Tests verbessern bzw. verkürzen. Auch die überfällige Anpassung der mittlerweile absurden Einreisequarantäne begrüßen wir. Konsequenterweise müsste sie allerdings auch die aktuellen Quarantäneverpflichteten entlasten.

Koordinatensystem fehlt nach wie vor

Es darf aber nicht sein, dass die Menschen und Unternehmen unbefristet solche einschränkende Massnahmen vorgesetzt bekommen ohne Perspektive, wann und wie es weitergehen könnte. Darum fordern wir Bundesrat Berset zum wiederholten Male auf, die Menschen mit einem Koordinatensystem klarer zu informieren. Er muss endlich einen nachvollziehbaren Massnahmenkatalog kommunizieren, der sich nach klar definierten Zahlen richtet, so wie es Deutschland oder Irland praktizieren. Schliesslich gilt: «gouverner c'est prévoir». Eine solche Kommunikation – im Voraus und auf Basis von verschiedenen Szenarien – würde Orientierung bieten und die Akzeptanz der Massnahmen erhöhen. Seit April fordern wir ein solches Koordinatensystem, stossen jedoch auf taube Ohren.

Unterstützung für Unternehmen

Klar ist, dass viele Unternehmen weiterhin unter den Massnahmen leiden werden. Das in der Herbstsession von Parlament beschlossene Covid-Gesetz schafft die rechtliche Grundlage für zusätzliche finanzielle Unterstützung für die besonders stark betroffenen Unternehmen und Personen. Die Unterstützung gilt auch für indirekt Betroffene und für Selbstständige. Der Bundesrat muss die entsprechenden Verordnungen rasch verabschieden.

Auch das Solidarbürgschaftsgesetz ist ein wichtiges Instrument, um KMU in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen. Es führt die guten Rahmenbedingungen für die Covid-Kredite weiter und versorgt damit notleidende Firmen, insbesondere KMU, mit dringend benötigter Liquidität. Bisher wurden über 80 Prozent der Kredite an Kleinunternehmen mit weniger als zehn Vollzeitstellen vergeben. Mit dem Instrument der Bundesbürgschaft für Bankkredite für Unternehmen hat der Bundesrat zu Beginn der Covid-Krise rasch, unbürokratisch und marktnah Unterstützung für notleidende Firmen auf die Beine gestellt und damit eine Vielzahl von Firmen und Arbeitsstellen gesichert. Nun gilt es, die Regelung ins ordentliche Recht zu überführen und den Unternehmern sowie den anderen involvierten Akteuren Rechtssicherheit während der Laufzeit zu garantieren. Der Nationalrat hat dies in der Sondersession Ende Oktober mit Unterstützung der FDP vollbracht. Nun ist der Ständerat an der Reihe. Die Differenzberatung erfolgt dann in der Wintersession.



Am 29. November 2020 stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» ab. Seit ihrer Gründung im Jahr 1982 versucht die GSoA, die Schweizer Armee abzuschaffen. Dieses Vorhaben ist bereits mehrere Male an der Urne gescheitert. Heute versuchen sie, zusammen mit den Jungen Grünen, erneut die Sicherheit in der Schweiz zu gefährden.

Die vorliegende Initiative sieht ein Finanzierungsverbot für Unternehmen vor, die mehr als 5 Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Wehrmaterial verdienen. Die Schweizerische Nationalbank (SNB), AHV, IV, EO und Pensionskassen dürften des Weiteren nicht mehr in diese Unternehmen investieren. Der Bund soll sich zusätzlich auf nationaler und internationaler Ebene dafür einsetzen, dass die extremen Regulierungen für sämtliche Banken und Versicherungen gelten. Klar ist eine friedlichere Welt begrüssenswert. Die Schweiz engagiert sich bereits heute in vielerlei Hinsicht dafür. Der durch die Initiative gewünschte Alleingang unseres Landes hat jedoch keinerlei Auswirkung auf das weltweite Angebot und die Nachfrage von und nach Kriegsmaterial. Stattdessen gerät unsere Wirtschaft zusätzlich unter Druck, und die soziale Sicherheit sowie die SNB werden angegriffen.

Verfassungsmässig festgelegt, muss die SNB unabhängig sein. Sie darf weder vom Bundesrat noch von der Bundesversammlung oder von anderen Stellen Weisungen einholen oder entgegennehmen. Sie ist auf ihre volle Handlungsfähigkeit angewie-

sen. Nur so kann sie eine unabhängige Geldpolitik garantieren und für stabile Preise sorgen. Dies ist umso dringlicher angesichts der Corona-Krise und der stark gebeutelten Weltwirtschaft. Die Initiative torpediert diese Autonomie der SNB.

Zulieferer im Fadenkreuz

Im Fokus der GSoA-Initiative stehen nicht nur Produzenten von Armee- und Rüstungsgüter, sondern auch Hersteller von Bauteilen und Baugruppen, die in Armee- und Rüstungsgütern verbaut werden. Ein wichtiger, grosser Auftrag von einem Rüstungsunternehmen macht Zulieferbetriebe, also auch Schweizer KMU, plötzlich selbst zu «Kriegsmaterialproduzenten». Sie dürfen sich weder durch Aktien oder andere Beteiligungen finanzieren noch Kredite bei Schweizer Banken aufnehmen. Schätzungen gehen von über 3000 betroffenen Unternehmungen in der Schweiz aus.

Klumpenrisiko oder Bürokratiemonster

So einfach die Initiative in der Theorie klingen mag, so kompliziert ist sie in der Praxis, denn die

Umsätze und die Anteile der verschiedenen Unternehmenssparten am Gesamtumsatz einer Unternehmung variieren jährlich. Wer kontrolliert jährlich, ob ein Unternehmen als Kriegsmaterialproduzent gilt oder nicht? Die Hausbank kennt die Bücher. Wer überprüft dies? Ein ungeheuerlich grosser Administrativaufwand würde auf uns zukommen.

Auch die SNB muss ihre Investitionen auf eine kleinere Auswahl Firmen beschränken, die sicher nicht vom Finanzierungsverbot betroffen sind. Sie muss jedes Jahr eine Vielzahl von Unternehmen auf deren Umsatz mit Kriegsmaterial überprüfen. Ob dies bei ausländischen Unternehmen möglich sein wird, ist fraglich. Die GSoA stellt die SNB, AHV, IV, EO und Pensionskassen damit vor die Wahl: Klumpenrisiko oder immense Verwaltungskosten.



Maja Riniker

Die Initiative würde sich dementsprechend unweigerlich auf die Anlagen der Pensionskassen und der AHV auswirken, um die es – wie Sie wissen – jetzt schon kritisch steht. Es ist zudem bedenklich, wenn AHV, Pensionskassen und SNB nicht mehr in Unternehmen investieren dürfen, auf die wir im Notfall angewiesen wären, um die Schweizer Souveränität zu verteidigen.

Und wir dürfen nicht vergessen: Wir bekennen uns in der Schweiz zu unserer Armee. Diese braucht Rüstungsgüter. Dafür braucht es eine stabile Produktion in der Schweiz. Gerade auch die Corona-Krise hat uns vor Augen geführt, dass wir gewisse Güter in unserem Land herstellen müssen. Diese Unternehmen mit ihren wertvollen Arbeitsplätzen in unserem Land zusätzlich unter Druck zu setzen, ist verantwortungslos.

Aus diesen genannten Gründen kann ich Ihnen nur ein Nein zur GSoA-Initiative empfehlen.

Maja Riniker, Nationalrätin AG

Ab auf die Strasse

Für eine nachhaltig finanzierte Altersvorsorge

Die ersten beiden nationalen Sammeltage des Jungfreisinns und der FDP. Die Liberalen für die Renteninitiative sind vorbei. Jetzt gilt es, am Ball zu bleiben. Am 5. Dezember findet die nächste nationale Sammlung statt. Alle Sektionen und Ortsparteien sind zur aktiven Teilnahme aufgefordert.

Die AHV ist in Schieflage und schreibt rote Zahlen; seit 2018 sogar in Milliardenhöhe! Unternehmen wir jetzt nichts, häuft sich bis 2045 ein Schuldenberg von 250 Milliarden Franken an. Das entspricht den Kosten von 20 Gotthard-Basistunneln!

Während bei der erstmaligen Auszahlung von AHV-Renten im Jahr 1948 durchschnittlich 3,4 Erwerbstätige einen Rentner finanzierten, sind es heute lediglich noch deren 1,9. Gleichzeitig stiegen die Bezugsjahre – bei gleichbleibenden 44 Erwerbsjahren – von 13 auf 23. Eine erfreuliche Entwicklung in Sachen Lebenserwartung; eine düstere Prognose für die Sozialwerke.

Diesem strukturellen Problem hat sich die Renteninitiative verschrieben. Um die AHV nachhaltig zu sanieren, sieht die Initiative drei Massnahmen vor: 1. gleiches Rentenalter für Mann und Frau bis 2032, 2. eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre bis 2032 und 3. eine Verknüp-

fung des Rentenalters mit der Lebenserwartung. Diese drei Massnahmen beheben das strukturelle Problem der AHV und verzichten auf Rentenkürzungen sowie auf die Erhöhung von Abgaben wie beispielsweise der Mehrwertsteuer.

Unterstützung von nationalen Parlamentariern

Nach dem Fristenstillstand aufgrund des Covid-19-Virus nahmen die Jungfreisinnigen die Unterschriftensammlung im Sommer wieder auf und intensivieren ihr Engagement im Herbst. Anfang Oktober führten die Jungfreisinnigen zusammen mit der FDP den ersten nationalen Sammeltag durch und gingen in vielen Regionen motiviert auf die Strasse. Bewaffnet mit Unterschriftenbogen und Klemmbrett waren die Sektionen der Jungfreisinnigen in der Romandie, in Zürich, Bern, Basel-land, Basel-Stadt, Luzern, Glarus, St. Gallen, Thur-

gau, Solothurn und Zug auf den Strassen. Dabei konnten sie auf tatkräftige Unterstützung von nationalen Parlamentariern zählen. Beispielsweise sammelten der Aargauer Ständerat Thierry Burkart in Adelboden und die Berner Nationalrätin Christa Markwalder in den Gassen Berns Unterschriften für eine sichere Altersvorsorge. Zudem wagten vereinzelte Ortsparteien der FDP erste Versuche im Unterschriftensammeln. Aus Sicht der Jungfreisinnigen war der erste nationale Sammeltag ein grosser Erfolg; in Luzern kamen beispielsweise bisher rund 3000 Unterschriften zusammen.

Sammeloffensive vor Weihnachten

Damit die benötigten 100000 beglaubigten Unterschriften am 16. Juli 2021 fristgerecht eingereicht werden können, braucht es weiterhin den Einsatz aller! Die Jungfreisinnigen planen deshalb monatliche Sammeltage gemeinsam mit der FDP. Die Liberalen. Der nächste findet am Samstag, 5. Dezember, statt. Alle Sektionen der Jungfreisinnigen und FDP-Ortsparteien organisieren sich in Kleingruppen, bestellen via info@renten-sichern.ch Unterschriftenbögen und gehen am 5. Dezember für zwei bis drei Stunden auf die Strasse. Wer am Sammeltag nicht verfügbar ist, sammelt beispielsweise in der Familie, am Arbeitsplatz oder in Vereinen Unterschriften. Die Vorweihnachtszeit bietet genügend Gelegenheiten, dass jede und jeder nochmals fünf Unterschriften einsenden kann. Argumente, Infos sowie Sammeltipps gibt es auf www.renten-sichern.ch.

Marco Wölfli



Romi Stebler ist am Bielersee aufgewachsen und eng mit der Region verbunden.



«Ich freue mich, Entscheide zu treffen»

Glanzvolle Wahl von Romi Stebler

Seit Anfang November ist Romi Stebler Regierungstatthalterin des Verwaltungskreises Biel-Bienne. Als freisinnige Aussenseiterin setzte sie sich in der Wahl gegen den SP-Kandidaten durch.

Der intensive Abstimmungssonntag am 27. September hielt für Romi Stebler auch eine persönliche Überraschung bereit. Der 35-jährigen FDP-Frau gelang die Wahl zur Regierungstatthalterin des Verwaltungskreises Biel-Bienne. Seit der Verwaltungskreisreform vor zehn Jahren war das Amt stets in Händen von SP-Männern, und Steblers Herausforderer Bruno Bianchet wollte diese Tradition fortsetzen. Im Verwaltungskreis, in dem die rotgrün-dominierte Stadt Biel die Hälfte der Einwohner stellt, schien seine Ausgangslage gut. Dazu kam, dass Romi Stebler über keine Wahlkampferfahrung verfügte. «Ich hatte kaum Kenntnisse, wie man eine solche Kampagne aufzieht. Zum Glück konnte ich auf viel Unterstützung von Pierre-Yves Grivel, Peter Bohnenblust und ein engagiertes und motiviertes Team zählen», sagt Stebler. Neben dem Grossrat und ehemaligen Präsidenten der FDP Kanton Bern (Grivel) und dem Bieler Stadtparlamentarier (Bohnenblust) stand ein brei-

tes Netzwerk aus Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur hinter ihr.

Französischsprachige Bieler im Fokus

Stebler, die selbst auch in Biel lebt, konzentrierte ihren Wahlkampf auf Biel, insbesondere auf die französischsprachige Bevölkerung. Umso mehr erstaunt, dass Stebler aus dem Lager ihres Kontrahenten vorgeworfen wurde, dass ihre Französischkenntnisse den Erfordernissen des Amtes nicht genügen würden. «Mein Französisch ist gut, aber nicht perfekt. Als Bielerin bin ich es gewohnt, dass jeder in seiner Muttersprache spricht und verstanden wird», lautet ihre gelassene Antwort. Dass die Gegner Steblers Sprachkenntnisse bemängelten, zeigt, wie wenig Angriffsfläche sie in fachlicher Hinsicht bot.

Mit der Materie bestens vertraut

Die Rechtsanwältin und Bauverwalterin arbeitete

bisher auf dem Regierungstatthalteramt Seeland in Aarberg. Die Welt der Regierungstatthalterämter ist daher kein Neuland für sie. «Mit meiner Erfahrung bin ich mit den Abläufen in einem Regierungstatthalteramt vertraut und kenne die zuständigen Personen.» Stebler schätzt auch die Vielfalt, die das Amt der Regierungstatthalterin mit sich bringt: «Man steht im Austausch mit Bürgern, Gemeinden, kantonalen Amtsstellen und ist in zahlreiche Bewilligungsverfahren eingebunden. Das sorgt für viel Abwechslung.» Als Regierungstatthalterin muss man teilweise auch umstrittene Beschlüsse fassen. Das schreckt Stebler nicht ab: «Ich freue mich darauf, Entscheide zu treffen.»

Dies tut sie bereits seit Anfang November, als sie ihr Büro im Schloss Nidau bezog. Die kurze Zeitspanne zwischen Wahl und Arbeitsbeginn sei intensiv gewesen, weil es in Aarberg noch viele Dossiers abzuschliessen gab. Zudem durfte Stebler auch noch zahlreiche Gratulationen beantworten. «Eine Stunde nach meinem Wahlsieg hatte ich bereits 120 Glückwunsch-Nachrichten auf dem Handy, und viele weitere folgten. Mittlerweile habe ich praktisch alle beantwortet», sagt Stebler. Damit ist sie gerüstet, dem Regierungstatthalteramt Biel neuen, freisinnigen Schwung zu verpassen.

Marco Wölfli

Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin und Präsidentin FDP Frauen, am Herbstanlass in St. Gallen.



Liberaler Beitrag zum Jubiläum

Interview mit Susanne Vincenz-Stauffacher

Die FDP Frauen lancieren im Februar eine Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung. Die St. Galler Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher erklärt, welche Verbesserungen mit einer Individualbesteuerung verbunden sind und wie die FDP Frauen die erste Initiative ihrer Geschichte stemmen wollen.

Im Parlament war die Individualbesteuerung mehrmals ein Thema, zudem ist noch eine Motion hängig. Wieso braucht es noch eine Initiative? Es ist richtig, dass bereits verschiedenste Vorstösse, insbesondere aus FDP-Kreisen, eingereicht wurden. Konkret passiert ist bis anhin aber schlicht nichts! Zwar ist die Einführung der Individualbesteuerung nun auch in der aktuellen Legislaturplanung enthalten. Die Legislaturplanung hat aber keine Verbindlichkeit. Aus diesem Grund ist es uns ein Anliegen, mit unserer Initiative ein Ausrufezeichen zu setzen und so das Vorhaben energisch voranzutrei-

ben. Die Lancierung geschieht denn auch nicht zufällig jetzt resp. ganz konkret am 7. Februar 2021: Dann jährt sich die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen zum 50. Mal, und dies ist unser liberaler Beitrag zu diesem Jubiläum. Und nicht zuletzt: Mit dieser Initiative gehen wir FDP-Frauen – und hoffentlich viele zusammen mit uns – auf die Strasse, um Unterschriften zu sammeln. Wir bringen uns damit sichtbar ein.

Was erhoffen Sie sich von der Initiative? Die Einführung der Individualbesteuerung! Und damit

einhergehend eine zivilstandsunabhängige Besteuerung, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, mehr Frauen in den Arbeitsmarkt bringt und die Heiratsstrafe abschafft.

Wer würde von der Individualbesteuerung profitieren? Schlussendlich die Gesellschaft als Ganzes. Mit Einführung der Individualbesteuerung werden die negativen Erwerbsanreize für verheiratete Zweitverdienende – in der Regel Frauen – beseitigt. Dies bringt im Weiteren Nutzen für die Wirtschaft, da damit der Fachkräftemangel konkret angegangen werden kann, Mehreinnahmen hinsichtlich Steuern (was die zu erwartenden Steuerausfälle dämpft bzw. je nach konkreter Ausgestaltung der Individualbesteuerung mittel- und langfristig kompensiert) und auch hinsichtlich der Sozialversicherungen. Damit durch diesen Systemwechsel nicht neue Ungerechtigkeiten entstehen, schauen wir uns derzeit die Individualbesteuerungsmodelle anderer Länder an. Wir wollen im Sinne von «best practices» die sinnvollste Umsetzung in der Schweiz.

Die FDP Frauen haben bisher noch keine Initiative lanciert. Wie gehen Sie vor, um die 100 000 Unterschriften zu kriegen? Wir führen verschiedene Gespräche mit Exponentinnen und Exponenten, welche bereits eine Volksinitiative lanciert haben. Wir sind dankbar dafür, dass wir so von vielen Erfahrungen profitieren können. Da unsere Initiative von den einzelnen Frauensektionen in den Kantonen getragen wird, können wir bereits parteiintern auf ein breites und sehr motiviertes Team zählen. Der Vorteil unserer Initiative ist weiter, dass sie einfach zu erklären ist und einem seit langem diskutierten Bedürfnis entspricht. So haben sich bereits nach der Ankündigung der Lancierung zahlreiche Privatpersonen und Organisationen gemeldet, welche sich für die Unterschriftensammlung zur Verfügung stellen. Wir sind zuversichtlich, mit dieser breiten Allianz die benötigte Anzahl Unterschriften innert nützlicher Frist sammeln zu können.

Was für Reaktionen haben Sie auf die Ankündigung am Herbstanlass erhalten? Es waren praktisch ausschliesslich positive Reaktionen. Die Reaktion am Anlass selbst war schlicht überwältigend und hat uns als Geschäftsleitung sehr in unserem Vorhaben bestärkt.

Arbeiten die FDP Frauen beim Sammeln der Unterschriften mit anderen Parteien und Organisationen zusammen? Momentan sind wir daran, eine breite Allianz aufzubauen, denn nur mit vereinten Kräften ist es möglich, eine Volksinitiative zum Fliegen zu bringen. Es laufen aktuell verschiedenste vielversprechende Gespräche.

Interview: Marco Wölfli



Eine Kampagne gegen die UVI

Unternehmer engagieren sich gegen die Initiative

Die Unternehmensverantwortungsinitiative ist ein Hochrisikoexperiment in Zeiten von Corona, das nicht zu verantworten ist. Sie schadet mit ihren radikalen Forderungen dem gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz, ohne ihre hehren Ziele zu erreichen. Unterstützen Sie die FDP im Abstimmungskampf, und helfen Sie mit, dass die unvernünftige Initiative am 29. November klar abgelehnt wird!

Die Initianten greifen mit der Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) die Unternehmen in der Schweiz pauschal an. Sie polemisieren mit Einzelfällen und stellen die ganze Wirtschaft unter Generalverdacht. Bei genauerem Betrachten zeigt

sich nämlich: Die UVI trifft alle Unternehmen in der Schweiz. Die Haftungsbestimmungen der Initiative treffen nicht nur international tätige Konzerne, sondern auch unsere KMU – die 99,7 Prozent der Schweizer Unternehmen ausmachen.

Seit dem 19. Oktober hängen schweizweit fast 4000 FDP-Hohlkammerplakate.

Betroffenheit der KMU unbestreitbar

Die UVI will zwar auf die Bedürfnisse von KMU mit geringen Risiken Rücksicht nehmen. In Realität kann jedoch nicht jedes Unternehmen separat betrachtet werden. Wir leben in einer komplett vernetzten Wirtschaft. Oft arbeiten unsere KMU mit grösseren Unternehmen zusammen als deren Auftragnehmer oder Zulieferer. Weil die UVI die Kontrolle der gesamten Lieferkette vorsieht, werden die grösseren Unternehmen die gleichen Auflagen, die sie selbst einhalten müssen, an ihre Zulieferer weitergeben. Dazu sind sie durch die Initiative gezwungen. So werden unsere KMU trotzdem die für sie kaum zu bewältigende Sorgfaltsprüfung durchführen müssen. Schliesslich haften alle Schweizer Unternehmen für Vergehen von Handelspartnern an Menschenrechten oder Umweltstandards.

«Die Haftungsbestimmungen der Initiative treffen nicht nur international tätige Konzerne, sondern auch unsere KMU.»

Engagieren Sie sich jetzt für unsere Schweizer KMU!

Deshalb engagiert sich die FDP in ihrer Abstimmungskampagne gegen die Initiative, für einen Wirtschaftsstandort, dem in Zeiten von Corona nicht weitere Hürden auferlegt werden. Machen auch Sie sich für unsere Schweizer Unternehmen stark! Werden Sie auf unserer Webseite www.kmu-gegen-uvi.ch Mitglied unseres KMU-Komitees und lassen Sie ein Testimonial erstellen. Und bestellen Sie dort Hohlkammerplakate, mit der Sie Ihr Engagement nach aussen tragen. Gemeinsam haben wir eine Chance, den Vorsprung der Initianten aufzuholen und die schädliche UVI an der Urne scheitern zu lassen.

Anna Wartmann

Mehr zur Unternehmensverantwortungsinitiative im Interview mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter auf Seite 16.

(Bild: EJPD/Alessandro della Valle)



Gegenvorschlag ist für Herz und Verstand – Initiative will extreme Lösung

Bundesrätin Karin Keller-Sutters Einsatz gegen die UVI

Am 29. November stimmen wir über die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) ab. Sie verfolgt zwar hehre Ziele, schadet aber mit radikalen Forderungen dem gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz, ohne dabei ihrem eigentlichen Ziel zu nützen. Bundesrätin Karin Keller-Sutter erläutert im Interview die Argumente gegen die Initiative.

Frau Keller-Sutter, die Initiative verfolgt hehre Ziele. Weshalb lehnen Bundesrat und Parlament die Initiative dennoch ab? Bundesrat und Parlament teilen das Ziel der Initiative, nämlich die Stärkung der Menschenrechte und des Umweltschutzes. Aber die Initiative ist zu radikal. Sie verlangt unter anderem, dass Unternehmen künftig auch für ihre Tochtergesellschaften oder wirtschaftlich abhängigen Zulieferer im Ausland haften, auch wenn sie rechtlich eigenständig sind. Liberale wollen, dass Unternehmen Verantwortung tragen und das Prinzip des ehrbaren Kaufmanns achten. Dass man auch für

Schäden haften soll, die Dritte zu verantworten haben, geht aber eindeutig zu weit und ist nicht liberal. Zuständig für Klagen wären zudem Schweizer Gerichte, die nach Schweizer Recht einen Sachverhalt im Ausland beurteilen müssten.

Erreicht man mit dem Gegenvorschlag wirklich die gleichen Ziele? Ja, und das wirksam! Die Initiative will eine extreme Lösung. Der Gegenvorschlag ist für Herz und Verstand. Auch der Bundesrat will Unternehmen künftig stärker in die Pflicht nehmen. Der Gegenvorschlag nimmt deshalb die be-

rechtigten Themen der Initiative auf und setzt beispielsweise bei der Kinderarbeit an. Das war mein persönliches Anliegen. Künftig müssen Unternehmen belegen, dass ihre ganze Lieferkette frei von Kinderarbeit ist. Bei der Kinderarbeit ist der Gegenvorschlag gleich streng wie die Initiative.

Es handelt sich aber nur um ein Gesetz, nicht um einen Verfassungsartikel. Stimmt. Und das ist auch von Vorteil. Wenn die radikale Initiative abgelehnt wird, kommt der indirekte Gegenvorschlag direkt zum Zug. Das schafft Rechtssicherheit für unsere Unternehmen und verhindert ein jahrelanges Tauziehen im Parlament. Zudem basiert der Gegenvorschlag auf dem bewährten Schweizer Haftungsrecht: Jedes Unternehmen haftet für die eigenen Schäden, vor Ort. Dazu kommen noch mehr Transparenz und neue Sorgfaltsprüfungspflichten sowie zudem eine Strafbestimmung. Es ist also ein ausgewogener und lösungsorientierter Gegenvorschlag.

«Eine lückenlose Prüfung der Lieferkette ist nicht umsetzbar.»

Könnte man bei einem Ja von einem Alleingang der Schweiz sprechen? Ja. Die Haftungsregel der Initiative bedeutet klar einen Schweizer Alleingang und benachteiligt unsere Unternehmen gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten. Der Gegenvorschlag ist hingegen international abgestimmt und übernimmt die Bestimmungen, die in Europa auch gelten. Damit haben wir gleich lange Spiesse. Die Sorgfaltsprüfungspflichten der Initiative umfassen sämtliche Geschäftsbeziehungen eines Unternehmens. KMU beziehen oft Produkte aus vielen Ländern und von zahlreichen Lieferanten. Eine lückenlose Prüfung der gesamten Lieferkette ist nicht nur bürokratisch, sondern gar nicht umsetzbar.

Die Initianten beharren darauf, dass KMU von der Initiative ausgenommen sind. Die Gegner wollen das Gegenteil. Wer hat Recht? Der Initiativtext ist glasklar und spricht ausschliesslich von «Unternehmen». Konzerne werden nicht erwähnt. Wenn es den Initianten ausschliesslich um Konzerne gegangen wäre, hätten sie dies im Text so schreiben können. Oder sie hätten sagen können, dass z.B. nur Unternehmen mit 5000 Mitarbeitern betroffen sind, wie das Frankreich macht. Man muss sich auch bewusst sein, dass unsere Wirtschaft zu 98 Prozent aus KMU besteht und dass wir jeden zweiten Franken im Ausland verdienen. Es ist damit klar, dass auch zahlreiche KMU betroffen sein werden.

Wie viele KMU wären denn von der Initiative betroffen? Gemäss einer Studie von Sotomo sind etwa 80 000 Unternehmen betroffen, wovon wiederum 80 Prozent weniger als zehn Mitarbeiter beschäftigen. Diese Betriebe wären gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten benachteiligt, was in diesen ohnehin unsicheren wirtschaftlichen Zeiten eine zusätzliche Belastung bedeutet.

Was halten Sie vom Engagement gewisser Kirchen in diese Kampagne? Es ist ihr Recht. Ich war aber immer der Meinung, dass sich die Kirchen zu übergeordneten Fragen und nicht zur Tagespolitik äussern sollten. Die Kirchen sollten auch nicht vergessen: Ihre Gläubigen haben unterschiedliche Ansichten. Im Familien- und Freundeskreis nehme ich wahr, dass sich einige durch dieses aktuelle Engagement ausgegrenzt fühlen.

Sind die Folgen der Initiative nicht vertretbar, im Hinblick darauf, dass damit die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards rund um die

Welt eingehalten werden? Es gibt keinen Grund, warum unsere Unternehmen strengere Standards einhalten sollten als ihre Konkurrenten im Aus-

land. Man muss auch das Risiko sehen, dass in Schwellen- oder Entwicklungsländern angesehene Schweizer Unternehmen sich zurückziehen und damit die Entwicklung und die Arbeit vor Ort nicht mehr möglich ist. Dann kommen Unternehmen aus Staaten, die weniger Wert legen auf den Schutz von Mensch und Umwelt.

Interview: Anna Wartmann



Justizministerin Karin Keller-Sutter vertritt das bundesrätliche Nein zur UVI.

(Bild: EJPD)

Delegierte stellen sich hinter das CO₂-Gesetz

Wegweisende Entscheide an digitaler DV

Knapp 300 Delegierte nahmen von extern an der DV teil und fassten die Parolen zum CO₂-Gesetz, zur UVI und zum Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste. Bundesrat Ignazio Cassis erläuterte den Stand des Rahmenabkommens.

Die letzte Delegiertenversammlung des Jahres fand in Luzern leider ohne physische Präsenz der Delegierten statt. Das Schutzkonzept stand bereit, und die Vorfreude auf den persönlichen Austausch war gross – denn davon lebt die Politik. Doch angesichts der stark steigenden Corona-Infektionen nahm die FDP ihre Verantwortung zur Eindämmung der Pandemie wahr und führte die DV via Zoom durch.

Schliesslich haben knapp 300 Delegierte online über drei Vorlagen diskutiert und die Parolen gefasst. Nach einer lebendigen Diskussion haben die Delegierten das CO₂-Gesetz klar unterstützt. Damit

stellt sich die FDP als erste Partei hinter die Vorlage, sollte es zu einer Referendumsabstimmung kommen. Ein Nein an der Urne würde den Klimaschutz um Jahre blockieren. Mit ihrem Entscheid knüpfen die Delegierten an das Positionspapier vom Juni 2019 an. Damals hat die FDP ein Versprechen abgegeben: Es liegt in unserer Verantwortung, den künftigen Generationen gut erhaltene, natürliche Lebensgrundlagen zu sichern. «Ich bin sehr froh und stolz, dass die Delegierten das CO₂-Gesetz so klar mittragen. Dank der harten Arbeit der FDP ist es eine wirksame und gleichzeitig freisinnig geprägte Vorlage geworden», betonte Petra Gössi.

Klares Nein zur UVI

Die Delegierten haben auch über die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) diskutiert, über die am 29. November 2020 abgestimmt wird. Bundesrätin Karin Keller-Sutter richtete sich in einer Videobotschaft an die Delegierten und überzeugte sie, diese gefährliche Initiative abzulehnen. Der Beschluss der Delegierten fiel mit 249 zu 9 bei 4 Enthaltungen sehr deutlich aus. Der Gegenvorschlag, der bei einem Nein zur UVI automatisch in Kraft tritt, nimmt berechnete Anliegen der UVI auf und orientiert sich an strengen internationalen Standards.

Mit dem Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste werden die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Anerkennung von elektronischen Identifizierungsmitteln und von deren Anbietern geschaffen. Die Delegierten beschloss mit 230 zu 16 Stimmen bei 7 Enthaltungen die Ja-Parole.

Zur GSoA-Initiative hatte die Parteipräsidienkonferenz am Vorabend der DV bereits einstimmig die Nein-Parole beschlossen. Die gefährliche Initiative gibt vor, die Welt friedlicher zu machen, kann dieses Ziel aber nicht einlösen. Stattdessen gefährdet sie mit einer komplizierten und unsinnigen Regulierung die Vorsorgevermögen von allen Menschen in unserem Land. AHV und Pensionskassen müssten ihre Anlagen an komplexe und nicht mit vernünftigem Aufwand umsetzbare Vorgaben ausrichten.

Marco Wölfli



Eine Bühne in einem leeren Saal – die Delegierten haben gefehlt.

(Bilder: Désirée Dittes)



Gespanntes Warten auf die Resultate der Abstimmung über das CO₂-Gesetz.



Die Referentinnen und Referenten waren bereit für ihre Auftritte.



Parteipräsidentin Petra Gössi bedauerte die Absage der physischen DV.



Der Luzerner Ständerat Damian Müller warb für das neue CO₂-Gesetz.



Die St. Galler Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher diskutierte über das CO₂-Gesetz.



Fraktionspräsident Beat Wälti und die Genfer Nationalrätin Simone de Montmolin bei der Diskussion über die UVI.



Bundesrat Ignazio Cassis informierte via Liveschaltung über den Stand des Rahmenabkommens.



Wintersession unter ungewissen Vorzeichen

Covid-19, Altersvorsorge und Budget

Inmitten der zweiten Welle der Corona-Infektionen findet die Vorbereitung der Wintersession unter ungewissen Vorzeichen statt. Trotzdem ist für die FDP klar, dass der Ratsbetrieb, wenn irgendwie möglich, aufrechterhalten wird, um die Beschlussfassung zu den Corona-Massnahmen und weiteren Geschäften fortführen zu können.

Wie alle bisherigen Sessionen im Jahr 2020 wird auch die Wintersession durch Corona geprägt sein, und die Räte werden unter strengen Sicherheitsmassnahmen tagen. Trotzdem sind die Vorzeichen insofern ungewiss, da die Ansteckungszahlen mit Corona-Infektionen leider erneut stark steigen. Die Durchführung könnte darum je nach Anzahl der Abwesenheiten von Ratsmitgliedern in Frage

gestellt werden. Trotzdem ist die FDP-Liberale Fraktion weiterhin klar der Meinung, dass der Ratsbetrieb, wenn irgendwie möglich, aufrechterhalten werden muss. Denn die in der Wintersession vorgesehenen Geschäfte haben es in sich und sind zentral für das kurz- und langfristige Funktionieren unserer Institutionen, Gesellschaft und Wirtschaft.

Covid-19: Solidarbürgschaften

Als Folge der Corona-Krise wurden bereits mehrere Vorlagen zur Unterstützung der Bevölkerung und Wirtschaft beraten sowie das in der Herbstsession verabschiedete Covid-Gesetz. Auch in der Wintersession wird sich das Parlament erneut mit Corona-bezogenen Geschäften befassen. Unter anderem wird das Solidarbürgschaftsgesetz beraten, das bereits in der Sondersession durch den Nationalrat behandelt wurde. Dabei sollen die Rückzahlungsmodalitäten und Verzinsungen gesetzlich festgehalten werden, wobei die FDP hier möglichst gute Voraussetzungen schaffen will, damit die Kredite zurückgezahlt werden können.

Covid-19: Geschäftsmieten

Die FDP wehrte sich bereits an der Sondersession im Oktober geschlossen gegen ein Eintreten auf das Covid-19-Geschäftsmietegesetz. Sie unterlag in der grossen Kammer aber hauchdünn, wodurch nun an der Wintersession die Detailberatung stattfinden wird. Die FDP wird sich weiterhin gegen diese untaugliche Pauschallösung einsetzen, da diese mehr neue Ungerechtigkeiten schafft als sie Lösungen für die unterschiedlichsten gelagerten einzelnen Mietverhältnisse bringt und zusätzlich ungerechtfertigterweise in die Eigentumsrechte und Wirtschaftsfreiheit eingreift. In den vergangenen Monaten konnten sich zudem sehr viele Mieter und Vermieter auf gemeinsame Lösungen einigen.

Vorsorge

Nach der kurzfristig verschobenen Beratung der AHV 21 in der Herbstsession steht der Erstberatung im Ständerat nichts mehr im Weg. Es wird absolut zentral sein, dass sich die bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Lösung einigen können, die die Angleichung des Rentenalters 65 endlich mehrheitsfähig gestaltet und z. B. bezüglich Mehrwertsteuererhöhung vernünftig bleibt. Der grosse Streitpunkt wird aber sicherlich die Kompensation der Rentenalterserhöhung der Frauen bleiben. Auch hier wird sich die FDP für eine vernünftige Lösung einsetzen, die die finanziellen Verbesserungen nicht gleich wieder zunichte macht.

Budget

Wie üblich in der Wintersession wird das Budget für das nächste Jahr verabschiedet und wird dabei beide Räte mit der Differenzbereinigung während der drei Sessionswochen auf Trab halten. Unter den speziellen Voraussetzungen der Corona-Schulden ist der finanzpolitische Ausblick schwierig. Es ist unter diesen Umständen umso wichtiger, dass über das reguläre Budget hinaus keine neuen Mehraufwände definiert werden und die Schuldenbremse eingehalten werden kann.

Beat Walti, Nationalrat ZH, Fraktionspräsident



Zu früh für ein definitives Urteil

Gastbeitrag von Petra Gössi in der «SonntagsZeitung» vom 11. Oktober

Beim Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU sind wichtige Fragen offen. Der Gesamtbundesrat ist in der Pflicht, für Klärung zu sorgen. Erst danach ist ein definitives Urteil möglich.

Am 27. September haben sich die Schweizerinnen und Schweizer klar für die Personenfreizügigkeit ausgesprochen – den umstrittensten Teil der bilateralen Verträge. Dieser Entscheid hat mich sehr gefreut. Er hat bestätigt, dass die Schweizerinnen und Schweizer den pragmatischen Weg zwischen Abschottung und EU-Beitritt weitergehen wollen. Ein Weg, der unserem Land Arbeitsplätze und Wohlstand gebracht hat.

Der Gesamtbundesrat ist in der Pflicht

Nun fokussiert sich die Diskussion richtigerweise auf das Rahmenabkommen. Wir haben bei der bundesrätlichen Konsultation Anfang 2019 die Klärung der offenen Punkte bei der Unionsbürgerrichtlinie, den flankierenden Massnahmen und der Guillotineklausel gefordert. Diese Position hat sich seither nicht verändert.

Wir erwarten nun, dass die Gespräche mit der EU aufgenommen werden. In der Pflicht stehen der Gesamtbundesrat und namentlich auch die Bundes-

präsidentin. Die Regierung hat letztes Jahr der EU in einem Brief Klärungsbedarf angekündigt – jetzt muss sie nachfassen. Danach werden wir sehen, ob all diejenigen Verbesserungen und Präzisierungen erreicht werden konnten, welche nun im Raum stehen und die für eine Akzeptanz des Rahmenabkommens wesentlich sind.

Gelingt es dem Bundesrat, die offenen Punkte zufriedenstellend zu klären, entschärft sich auch die Souveränitätsfrage. Dies zum Beispiel mit einer belastbaren Zusage, dass die Schweiz die Unionsbürgerrichtlinie nicht integral übernehmen muss und wir die flankierenden Massnahmen ohne dynamische Anpassungen beibehalten können.

Das Rahmenabkommen nicht vorschnell totsagen

Ich finde es zum jetzigen Zeitpunkt falsch, das Rahmenabkommen definitiv totzusagen. Ja, es sind noch diverse Fragen offen, so auch bei den flankierenden Massnahmen. Doch die Gewerkschaften

blockieren mit ihrer Fixierung auf die acht Tage Kontrollfrist das gesamte Dossier. In ihrem doktrinären Eifer übersehen sie, dass das Abkommen zum ersten Mal überhaupt die flankierenden Massnahmen verbietet. Die acht Tage – eine Regelung aus den frühen Nullerjahren – lassen sich dank neuen digitalen Kommunikationsmitteln verkürzen, ohne die Wirkung abzuschwächen. Die klare Ablehnung der Begrenzungsinitiative durch die Schweizer Bevölkerung stärkt dem Bundesrat den Rücken für die Gespräche mit der EU. Die Parteien wie auch die Sozialpartner hingegen sind in der momentanen Phase Zuschauer. Ihr Stimmengewirr und die teilweise fundamentale Opposition schwächen den Bundesrat nur.

Wenn andere Bundesratsparteien und die Sozialpartner das Rahmenabkommen jetzt schon beerdigen wollen, ist das ihre Verantwortung. Die FDP hingegen steht für eine konstruktive Politik. Wir warten auf das Resultat der Gespräche und analysieren es dann eingehend. Und letztlich ist sowieso klar: Am Ende entscheiden wieder die Schweizerinnen und Schweizer an der Urne.

**Petra Gössi, Nationalrätin,
Präsidentin der FDP. Die Liberalen**



Fernziel Elternzeit

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Abstimmung zur Einführung des Vaterschaftsurlaubes bot die Gelegenheit, das Bedürfnis von Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu thematisieren. Eine zeitgemässere Lösung, welche die Rollenbilder nicht zementieren würde, bietet aber nur eine Elternzeit.

So kurz der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub sein mag, es war an der Zeit, dass die Schweiz einen gesetzlich geregelten Urlaub eingeführt hat. Meines Erachtens ist das Ziel noch nicht erreicht. Doch der Etappensieg ist ein Kompromiss, der besser ist als nichts. Trotz der Corona-bedingt wirtschaftlich düsteren Lage ist die Vorlage mit 60 Prozent angenommen worden. Die Stimmbürgerinnen und -bürger setzten ein Zeichen, für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dennoch hinkt die Schweiz im internationalen Vergleich hinterher. Mit der Annahme ist ein Grundstein für weitere Schritte gelegt worden, denn bis das Anliegen der Elternzeit durchkommt,

können Jahre vergehen. Eine Ablehnung der Initiative hätte dies blockiert.

Regionale Unterschiede

Das Abstimmungsergebnis hat gezeigt, dass die ländliche Deutschschweiz und die Ostschweiz gegen einen Vaterschaftsurlaub gestimmt haben, während es in der Westschweiz und im Tessin grosse Zustimmung gab. Sind die ländlichen Regionen tatsächlich konservativer gestimmt, oder sind die Gründe für die Ablehnung womöglich andere? Die Gründe sind vielfältig: mangelnde oder kaum bezahlbare Angebote für externe Kinderbetreuung oder fehlende Möglichkeiten für Teilzeitarbeit,

ohne dass dies einen Karriererückschritt bedeuten würde, können ausschlaggebend gewesen sein. Ein föderaler Ansatz – wie es bei der Mutterschaftsversicherung der Fall war – könnte der Elternzeit in die Karten spielen. So wie jede Firma eine eigene Elternzeit bestimmen kann, sollte dies auch im Rahmen der Bundesregelung in jedem Kanton möglich sein. Die Zuständigkeit der Elternzeit zwischen Bund und Kanton müsste jedoch neu ausgehandelt werden, da nach der heutigen Regelung die Einführung eines Elternurlaubs in die bundesrechtliche Zuständigkeit fällt und kantonale Regelungen deshalb unzulässig sind.

Liberales Familienbild

Die Diskussionen und Forderungen um eine Elternzeit sind nach dieser Abstimmung lanciert. Unter den Befürwortern herrscht aber Uneinigkeit bei der Frage nach dem Modell: Wie viele Wochen soll die Elternzeit umfassen? Wie viel davon sollen frei aufgeteilt werden? Bereits vor zwei Jahren hat die FDP einen 16-wöchigen Elternurlaub gefordert, der aber vom Parlament abgelehnt wurde. Die



Muriel Frei

ersten acht Wochen wären für die Mutter reserviert gewesen, und acht weitere Wochen hätten frei unter den Eltern aufgeteilt werden können. Der 16-wöchige Elternurlaub wäre im Vergleich zu den nun geltenden 14 Wochen Mutterschafts- und 2 Wochen Vaterschaftsurlaub deswegen zeitgemässer gewesen, da dieser flexible Lösungen ermöglicht hätte, anstatt alte Rollenmodelle zu zementieren. Dazu meint FDP-Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher: «Die Rollenverteilung in einer Familie wird früh bestimmt.» Letztlich würden von der Elternzeit nicht nur Eltern und Kind profitieren, sondern auch die Erwerbsquote der Frau stiege an.

**Muriel Frei, Gemeinderätin Teufen (AR),
Master-Mentee und Vorstandsmitglied JFAR**

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

Unternehmensverantwortungsinitiative



NEIN

Initiative für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten

AGENDA

6. Februar 2021

Delegiertenversammlung in Martigny

3. Juli 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

28. August 2021

Sternenwanderung in Thun

2. Oktober 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Masken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen.

Liberales Forum Meilen

Gespräche über die Zukunft des Liberalismus

Save the date: 16. Januar 2021

Teilnahme beschränkt
Übertragung des Anlasses
per Livestream

www.liberalesforummeilen.ch



Dr. Christian Rathgeb
Regierungsrat
Präsident KDK



Michael Theurer
MdB, Stellvertreter
der Vorsitzender FDP-
Bundestagsfraktion



Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin
Präsidentin FDP
Frauen Schweiz



Kaspar Villiger
alt Bundesrat



Prof. Dr. Reiner Eichenberger
Lehrstuhl für Theorie
der Finanz- und Wirtschaftspolitik
Uni FR

AHV schwächen?



Am 29. November

NEIN

FDP

Die Liberalen

GSoA-Initiative